



Zwischenbilanz der Fraktion
Ob gegen Nazis oder Privatisierung, **DIE LINKE** ist erfolgreich
Seite 3



Personalabbau ist ein Irrweg
Dortmund braucht eine funktionierende Verwaltung
Seite 5



PCB - Der Stoff aus dem die Alpträume sind
Chronologie eines Umweltskandals
Seite 6



Rettet unsere Stadt vor den Krisenmachern
Finanzkrise sorgt für Armut & Lohndumping
Seite 8

01/12 KNALLROT

DIE LINKE. Dortmund - Sommer 2012

Warum **DIE LINKE** wählen?

Kommunale Wiederholungswahl 2012 in Dortmund: Die Stadt braucht eine fortschrittliche, linke Alternative. Dortmund braucht DIE LINKE!

Der Dortmunder Rat braucht ein soziales und ökologisches Gewissen. Dieses Gewissen ist **DIE LINKE**. Doch im Dortmunder Rat sind wir inzwischen weit mehr als das. Im Rahmen des Konzeptes wechselnder Mehrheiten setzen wir unser ambitioniertes Wahlprogramm Schritt für Schritt

digung der Rot-Grünen Koalition im Jahr 2009 hoffnungslos zerstritten sind. Die Kürzungshaushalte der letzten Jahre wurden allesamt von CDU und SPD in einer informellen großen Haushaltskoalition verabschiedet. Auf Druck der CDU nehmen die Kürzungen inzwischen Ausmaße an, die je-

ist. Angesichts von Filz, Günstlingswirtschaft und der Arroganz der Macht, die manchem SPD-Funktionär aufgrund der langen Regierungszeit in Dortmund aus jeder Pore quillt, vermeiden die BürgerInnen es der SPD eine absolute Mehrheit zuzusprechen. Wer den Skandal um die Haushaltslüge und die Geschehnisse, die zu den Wiederholungswahlen zum Rat der Stadt am 26. August führten, verfolgt hat, weiß, dass dies eine kluge Entscheidung ist.

Es gibt eine Alternative.

DIE LINKE ist für die SPD in Dortmund im Rahmen des demokratischen Konzeptes wechselnder Mehrheiten derzeit die einzige Alternative zur Mehrheitsbildung mit der CDU und wird daher dringend gebraucht. Inhaltlich gibt es Differenzen vor allem im sozialen und ökologischem Bereich, aber auch Gemeinsamkeiten wenn es z.B. um die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge geht.

Kürzungen verhindern

Daher bitten wir Sie um Ihre Stimme für **DIE LINKE**, wenn Sie als WählerInnen es für falsch halten, dass Dortmund weiterhin von der CDU mitregiert wird und eine Kürzung die nächste jagt. Damit Rot-Rote Mehrheiten möglich werden, braucht es ein Ergebnis für **DIE LINKE** gegen den allgemeinen Bundestrend. Es gilt weiterhin die Aussage: Je stärker Sie **DIE LINKE** machen, umso sozialer wird Dortmund.

(uk)

Hartz IV-Beratung durch **DIE LINKE** in Dortmund

KOSTENLOSE KNALLROT
HartzIV-Beratung
Jeden Dienstag
von 13:00 bis 16:00 Uhr
Schwanenstr. 30
44135 Dortmund **DIE LINKE.**
Kreisverband Dortmund

Man muß sich mutig gegen Schikanen sozialer und anderer Behörden wehren und für seine gesetzlich garantierten Rechte und Ansprüche kämpfen.

Wussten Sie schon, dass...

- ...Sie auch bei Trennung, Feuer & Haftentlassung Anspruch auf eine Erstaussstattung für Ihre Wohnung haben?
- ...die ARGE auch nicht gezahlte Stromrechnungen bezahlt, wenn die Abschaltung droht?
- ...rund 80% aller ALG II-Bescheide falsch sind?
- ...Sie ab 2012 nur noch Pfändungsschutz über einen besonderen P-Kontotyp haben?

Die Sozialökonomin Anne Eberle hilft Ihnen kostenlos jeden Dienstag zwischen 13:00 und 16:00 Uhr in unserem Parteibüro in der Schwanenstraße 30, D-44135 Dortmund (Tel. 0231-2221116) bei allen Fragen oder Problemen rund um die Themen Hartz IV und Sozialhilfe. Mehr Informationen unter www.dielinke-dortmund.de (dr)



Sozial, auch nach der Wahl.
Je stärker **DIE LINKE**, umso sozialer wird Dortmund.
KNALLROT

Am 26. August: **DIE LINKE. Dortmund in den Stadtrat wählen**

um. Aber aufgrund der Mehrheitsverhältnisse gewinnen wir politische Auseinandersetzungen natürlich nicht immer.

Große Koalition...

Rot-Grün steht in Dortmund nicht zur Wahl. Beide Fraktionen haben im Rat eine absolute Mehrheit, nutzen sie aber nicht, weil sie seit der Aufkün-

dem anständigem Sozialdemokraten die Sorgenfalten ins Gesicht treiben.

...oder Jamaika?

Die CDU versucht daher eine Jamaika-Koalition zusammen mit den Grünen und der FDP zu entwickeln. Die SPD steht dagegen ohne Partner dar und weiß, dass die Zeit der absoluten Mehrheiten auch in Dortmund vorbei

Inhalt

KNALLROT Sommer 2012
DIE LINKE. Dortmund

Seite 1:
Warum DIE LINKE wählen?
Hartz IV-Beratung

Seite 2:
Landtagswahlen
Rekommunalisierung

Seite 3:
Zwischenbilanz der Fraktion im Stadtrat
Erfolge der Fraktion

Seite 4:
Personalnotstand in der Stadtverwaltung
Leiharbeit verbieten

Seite 5:
Personalabbau und Privatisierungen sind ein Irrweg
Interview mit Dr. Petra Tautorat

Seite 6:
Interview mit Envio-Bürgerinitiative
Chronologie des Skandals

Seite 7:
Tedi-Mauerbau in Brackel
Sekundarschule Westerfilde
Nazis mobilisieren wieder

Seite 8:
Finanzkrise in Dortmund
Arbeitsrechtliche Beratung

Alle nicht gekennzeichneten
Bilder: **KNALLROT**

Impressum

KNALLROT
DIE LINKE. Dortmund

Herausgegeben von
DIE LINKE. Dortmund
Schwanenstr. 30,
44135 Dortmund,
Tel. 0231 – 222 111 6

Auflage
60.000 Exemplare

V.i.S.d.P.
Christian Tödt,
Schwanenstr. 30,
44135 Dortmund,
Tel. 0231 – 222 111 6

Landtagswahlen: Dankeschön an unsere Wähler

Jede Stimme für DIE LINKE. Dortmund bei den Kommunalwahlen 2012 ist wichtig.

Auch das Dortmunder Landtagswahlergebnis der Linken ist vom Landestrend nicht verschont geblieben. Wir haben rund 50% unserer bisherigen WählerInnen bei Landtagswahlen in der gesamten Fläche der Stadt verloren, so dass nur noch 8.000 Wähler übrig blieben. Bei der Analyse des Ergebnisses fällt jedoch auf, dass wir in unseren Hochburgen in Dortmund trotzdem weitgehend stabil geblieben sind. Die Nordstadt hatte mit 8,2% der Stimmen ein Ergebnis, dass bei einer Kommunalwahl bedeuten würde, dass DIE LINKE ihren Fraktionsstatus in der Bezirksvertretung verteidigen würde. Doch auch in den anderen Bezirksvertretungen haben wir alle Chancen den Status quo bei der Kommunalwahl zu erhalten. Weitere Hochburgen sind Scharnhorst, Hörde, das Kreuzviertel oder Wickede. Wir danken allen Wählerinnen und Wählern für ihr Vertrauen.

Keine 5%-Hürde - jede Stimme zählt

Bei der letzten Ratswahl hatten wir ein Ergebnis von 5,5% (11.000 Stim-

men). Wir hoffen auch diesmal auf ein Ergebnis von 5% + X. Dies setzt aber voraus, dass die Dortmunderinnen und Dortmunder bereit sind zwischen

rene Stimme wäre. Ganz im Gegenteil: Nie war es so wichtig, in den kommenden Kommunalwahlen auch ein Signal zu setzen. Ohne Linke werden die



Aktueller denn je: Das Kommunalwahlprogramm der Linken.

Landtagswahlen und Kommunalwahlen zu unterscheiden. In Dortmund gibt es angesichts der zunehmenden Armut mehr als genug Gründe DIE LINKE zu wählen. Übrigens: Anders als bei der Landtagswahl gibt es bei Kommunalwahlen keine 5%-Hürde. Es muss also niemand fürchten, dass eine Stimme für DIE LINKE eine verlor-

Hemmungen der Hartz IV und Agenda 2010-Parteien fallen Kürzungen zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger vorzunehmen. Das stellt bereits der erste Landeshaushalt von rot-grün in NRW unter Beweis. Geplant sind drastische Kürzungen zu Lasten des Personals und zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger. (uk)

DEW vollständig zurück in öffentliche Hand!

Erfolge der Fraktion DIE LINKE bei der Rekommunalisierung von Energie und Wasser.

Die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt, hängt davon ab, ob wir weiterhin die Erde, ihre Ressourcen und ihr Klima überfordern. Ob das Ziel, die Erwärmung der Erdatmosphäre auf zwei Grad zu begrenzen, erreicht oder mit katastrophalen Folgen verfehlt wird, entscheidet sich in den nächsten Jahren. Die Weichen dafür müssen auch vor Ort gestellt werden: in den Kommunen. Eine Hauptgefahr geht von der Energiewirtschaft aus. Das wichtigste Hindernis für eine nachhaltige Energiewirtschaft stellen die Profitinteressen der vier marktbeherrschenden Energiekonzerne dar. Einer von ihnen, RWE ist 47%iger Teilhaber unseres lokalen Energie- und Wasserversorgers DEW21 GmbH. DIE LINKE Dortmund kämpft, seit es sie gibt, für die vollständige Rekommunalisierung der DEW. Und zwar in enger wechselseitiger Unterstützung mit dem breiten, überparteilichen „Bündnis DEW kommunal“.

Bündnisses, die RWE-Beteiligung an der DEW bei Auslaufen des Gesellschaftsvertrages Ende 2014 nicht zu erneuern. Im Wahlkampf organisierte das Bündnis eine Veranstaltung mit den OB-Kandidaten, bei der Helmut Manz die LINKE vertrat. Unser Fraktionsmitglied Wolf Stammnitz war zu Gast in fünf Stadtteilgruppen der IG Metall.



Eine Kernforderung der Linken

In 2010 startete das Bündnis eine Unterschriftensammlung für ein Manifest, das die Forderung nach vollstän-

diger Rekommunalisierung der DEW in die politischen Beratungen einbringen wollte. Bis Anfang 2011 haben das Manifest ca. 30 stadtbekannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sowie weitere 1.000 Dortmunder Bürger und Bürgerinnen unterzeichnet. Es ging Mitte 2011 zunächst an den Petitionsausschuß des Rates, der es beriet und an die Verwaltung weiterleitete. Da der Verwaltungsvertreter den Ausschuß mit unrichtigen Informationen über das Ende der RWE-Beteiligung 2014 in die Irre führte, sorgte unsere Fraktion für eine amtliche Richtigstellung durch den Stadtdirektor.

Anfang 2012 gelang es uns in Zusammenarbeit mit zwei Mitgliedern der Delegiertenversammlung der Dortmunder IG Metall, dort eine Resolution verabschieden zu lassen, die sich vorsichtig für eine Rekommunalisierung der DEW ausspricht und den DGB auffordert, mit den Einzelgewerkschaften (insbesondere verdi) „einen Positionierungsprozess einzuleiten.“ (uk)

Zwischenbilanz der Fraktion **DIE LINKE** im Stadtrat

Erfolge der Fraktion

Ob außerparlamentarisch oder im Rat - **DIE LINKE** kämpft für mehr Gerechtigkeit.

Nach über 2 Jahren **DIE LINKE** im Rat kann man sagen, dass es bemerkenswert ist, dass eine fünfköpfige Fraktion in einem Rat mit 97 Mitgliedern dennoch große Erfolge hatte.

Wiederholungswahlen durch **DIE LINKE**

Im Jahr 2009 hatte der damalige Oberbürgermeister Langemeyer (SPD) den Stadtrat und die Öffentlichkeit über ein gewaltiges Haushaltsloch getäuscht. Nur eine Woche nach der Kommunalwahl hat **DIE LINKE** als erste Partei beantragt, die Wahlen für ungültig zu erklären. Die Gerichte bestätigten, dass Lügen durch Amtspersonen im Wahlkampf einen Wahlfehler darstellen. Das stärkt der Demokratie gegenüber dem Staatsapparat den Rücken.

Erfolgreiche Anträge der Linksfraktion gegen Sozialabbau

Alle Wahlversprechen von SPD und Grünen waren angesichts des Haushaltsloches hinfällig. Beide Parteien

ges alle 1-Euro-Jobs in der Nordstadt in sozialversicherungspflichtige Arbeitsstellen umzuwandeln aus. Umgesetzt wurde aber der Erhalt der bestehenden Wirtschaftsküchen in den Kitas. Für die Jugendfreizeitstätten konnten wir festschreiben, dass bei einer Ausgliederung der Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes einzuhalten ist. Damit ist eine Privatisierung der Jugendfreizeitstätten unwirtschaftlich geworden.

Verhinderung der Auflösung von Stadtbezirken durch **DIE LINKE**

Zum großen Showdown in den Auseinandersetzungen um Kürzungen in der Stadt kam es, als mit Huckarde und Eving gleich zwei Stadtbezirke aufgelöst werden sollten. Einer Jamaika-Koalition stand ein Rot-Rotes Minderheitsbündnis zum Erhalt der Stadtbezirke gegenüber – für den Kahlschlag fehlte Jamaika aber eine Stimme. SPD und Linke waren sich sicher nie so nah wie in diesem Moment, der eine Sternstunde der kom-

rat der STEAG hat diesen Beschluss inzwischen nachvollzogen. Auch geht es auf unser Konto, dass der Rat der Stadt Dortmund die rot-grüne Landesregierung aufgefordert hatte, den Atomtransporten in NRW endlich ein Ende zu machen.

Sozialticket in weiter Ferne

Doch SPD und Linke waren sich nie so fern wie beim Thema Sozialticket. Das Dortmunder Sozialticket für Bedürftige zum Preis von 15 Euro wurde eingestellt und durch ein Firmenabo zum Preis von 32 Euro ersetzt. So blieben von 24.000 Nutzern innerhalb kürzester Zeit keine 7.000 Nutzer mehr übrig.

Kampf gegen Nazis

Ein Linkes Kernthema ist seit jeher die Bekämpfung faschistischer Umtriebe. Aufgrund unserer Initiative bewirbt sich Dortmund als Mitgliedsstadt bei der Unesco-Initiative „Stadt gegen Rassismus“. Die im Land von der Linksfraktion durchgesetzte Opferberatungsstelle Backup stellt einen großen Schritt nach vorne dar. Durch das Wirken der Linken Ratsfraktion hat sich in dieser Wahlperiode ein Stimmungswandel im Rat vollzogen. Gab es 2009 noch Verharmlosungsdebatten in Bezug auf die Dortmunder Neonaziszene ist das Problem inzwischen im Bewusstsein angekommen.

Lange Liste von Erfolgen

Die Liste mit Abwehrrfolgen gegen Kürzungsplänen oder die Aufklärung dunkler Machenschaften wie beim PCB-Skandal könnte mehrere Seiten füllen. Ob es in der Wohnungspolitik die Vorkaufsrechtssatzungen in Westfildede oder Lanstrop waren, ob es um die Sanierung der LEG-Siedlung in Wickede ging oder der Schutz des Pleckenbrinksees, ob es der Erhalt der Schulbusse für die Förderschulen war, ob es die Abwehrversuche bei der Schließung von Schulen waren, ob es um ein warmes Mittagessen an der Anne-Frank-Gesamtschule und die Gebäudesanierung ging, ob es um Verbesserungen im Nordstadtkonzept der Stadt ging, oder ob es um den Schutz von Freiraumflächen am Gropenbruch oder im Dortmunder Osten geht – überall verändern die Linken die Dinge zum positiven. (uk)

Eine kleine, unvollständige Liste der erfolgreichen Anträge der Fraktion **DIE LINKE** im Stadtrat:

10. Dezember 2009

Kommunalwahlen

Der Stadtrat erklärt die Kommunalwahlen 2009 für ungültig - gegen den Widerstand der SPD.

26. Mai 2010

Steuer gegen Armut

Der Stadtrat fordert den Bundestag und den Bundesrat auf sich für die Einführung einer Steuer auf Finanztransaktionen einzusetzen.

08. Juli 2010

Nordstadtkonzept

Der Stadtrat beschließt, gegen den Widerstand der SPD, in der Nordstadt u.a. alle 1-Euro-Jobs in reguläre Arbeitsplätze umzuwandeln, überall Schulsozialarbeiter einzuführen und neue Kitas zu bauen.

26. Dezember 2011

STEAG

DIE LINKE bringt ihren Begleitantrag zur STEAG mit Rot/Roter-Mehrheit durch den Stadtrat.

31. März 2011

Atomtransporte

Der Stadtrat forderte die Landesregierung zu einem Stopp der Atomtransporte in NRW auf.

23. Februar 2012

Stadtbezirke

DIE LINKE und die SPD setzen den Erhalt der Stadtbezirke Eving und Huckarde gegen die Ratsmehrheit von Grünen, FDP/Bürgerliste und CDU durch.

29. März 2012

PCB-Skandal

Der Stadtrat lehnt es ab, eine Ordnungswidrigkeit von ABB im PCB-Skandal zu ahnden. Die Verwaltung setzt den Antrag der Linken aber dennoch um.

(uk)



Teure „Leuchtturmprojekte“ von SPD und Grünen erzeugten ein gigantisches Haushaltsloch

hatten den unterfinanzierten und durch Land und Bund ausgebluteten Stadthaushalt mit überteuerten Leuchtturmprojekten wie den U-Turm gründlich vor die Wand gefahren. Nach dem dramatischen Zerwürfnis der Rot-Grünen Koalition und der dann herrschenden großen Haushaltskoalition aus CDU und SPD fiel der Linken die Rolle der Opposition gegen soziale Kürzungen zu. Wir waren das soziale Gewissen des Rates. Noch steht die Umsetzung unseres erfolgreich im Rat beschlossenen Antra-

munalen Demokratie in der gesamten bisherigen Wahlperiode darstellte.

Keine kommunale Beteiligung an Atomwirtschaft durch **DIE LINKE**

Nicht Fehlen darf in einer Zwischenbilanz unser Begleitantrag zum STEAG-Geschäft. Uns ist es zu verdanken, dass die Kommunen nicht in das Geschäftsfeld Atomwirtschaft einsteigen und die STEAG-Beteiligung am atomaren Zwischenlager in Ahaus abgestoßen werden muss. Der Aufsichts-

Leiharbeit verbieten

Nachdem die Hartzgesetze verabschiedet waren, rühmte sich Ex-Kanzler Gerhard Schröder „Es ist der rot-grünen Bundesregierung gelungen, in Deutschland einen Niedriglohnsektor einzurichten.“ In der Tat: 13% der Leiharbeiter verdienen so wenig, dass sie zusätzlich Hartz IV-Leistungen bekommen müssen.

Für Leiharbeiter besteht praktisch kein Kündigungsschutz. Dies macht natürlich auch der Stammebelegschaft Druck. Jeder weiß, wenn er entlassen wird, kommt er nur noch als Leiharbeiter wieder an seinen alten Arbeitsplatz.

Leiharbeiter dürfen nicht bei Betriebsratswahlen mitwählen. Und der Betriebsrat hat nur beschränkte Mitbestimmungsrechte bei den Leiharbeitern.

Die Folgen sind eindringlich bei Envio in Dortmund zu sehen: Dort gab es keinen Betriebsrat. Arbeitsschutzgesetze wurden auf kriminelle Weise ausgehebelt. Die Kollegen bekamen z.B. Schutzanzüge aus dünnem Papier. Die Atemschutzmasken wurden nicht regelmäßig ausgetauscht. Die Schutzhandschuhe waren ungeeignet. Alles im Namen des Höchstprofits! Ein Betriebsrat hätte dies verhindern können.

Die große Koalition aus CDU, SPD, Grünen und FDP bedauert lautstark den Missbrauch der Leiharbeit. Aber ändern wollen sie nichts Wesentliches. Dabei ist es ganz einfach! Schafft die Leiharbeit einfach ab. Dann gibt es auch keine „bedauerlichen Auswüchse“ mehr.

(ct)

Personalnotstand in der Stadtverwaltung

„Der Kollaps, den alle erwarten, liegt bereits hinter uns.“ (Pitt Meyer, Personalratsvorsitzender)

Im zweiten Quartal des Jahres 2012 hat sich der Personalrat der Stadt Dortmund in einem offenen Brief an die Mitglieder des Stadtrates gewendet und um die Rücknahme des Be-

„Die genaue Sichtweise lässt jedoch erkennen, dass bei den jeweiligen Planungen ohne zusätzliche Einstellungen Personal letztlich nur theoretisch flexibel einsetzbar ist, die

die zu hohen Krankenständen führen, die die Lage noch verschärfen (siehe Zunahme der psych. Erkrankungen aufgrund von Arbeit)

- Überalterung der Belegschaft zu entschärfen, wären Entscheidungen dringend geboten.“

(Pitt Meyer, Personalratsvorsitzender der Stadt Dortmund)



Sieht so die Zukunft des Bürgerservice in Dortmund aus?

schlusses zur pauschalen Kürzung des Personalbudgets um 10% in den Jahren 2011 bis 2015 gebeten.

„Wir möchten Ihnen mit diesem Schreiben die Situation der Beschäftigten nahe bringen. Damit verbunden ist unsere Hoffnung, dass auch Sie die untragbaren Belastungen der Beschäftigten erkennen und unser Vertrauen, dass Sie im Interesse der Kolleginnen und Kollegen, sowie der Bürgerinnen und Bürger parteiübergreifend einlenken und entscheiden werden.“

(Pitt Meyer, Personalratsvorsitzender der Stadt Dortmund)

Eine der ersten Auswirkungen des Wechsels von Rot-Grün zu Schwarz-Rot, war der Beschluss jedes Jahr 2% des Personalbudgets der Stadtverwaltung in Dortmund ersatzlos zu streichen. Als Begründung diente das von SPD und Grünen gemeinsam erwirtschaftete Haushaltsloch, das der ehemalige Oberbürgermeister Langemeyer dem Rat verschwiegen hatte und der daraus abgeleitete Kürzungsmarathon. Flexibilisierung war das Schlagwort eines neuen Personalconceptes der neuen Großen Haushaltskoalition aus SPD und CDU, das unter dem Begriff „Neuorientierung der Verwaltung“ (NEO) im Jahre 2009 eingeführt wurde.

Realisierung jedoch an der Praxis scheitert. Hier stehen Wunsch bzw. Wille und Wirklichkeit unvereinbar gegenüber. In der Realität sind viele Bereiche der Verwaltung bereits unterbesetzt. Viele Planstellen sind vakant. [...] Besonders zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang der enorme Fachwissensverlust in den Bereichen, wenn die Kolleginnen und Kollegen in immer kürzeren Intervallen die Fachbereiche wechseln. Ein nachhaltiger Schaden, der künftig nur durch zusätzliche, aufwendige Maßnahmen behoben werden kann.

Die Probleme verschieben sich nur, sie werden nicht gelöst. Es entsteht eine Spirale des Mangels. Nun ist ein Status erreicht, der den Zusammenbruch der kommunalen Handlungsfähigkeit nicht mehr aufhält.

Um die auf Kosten eines nicht ausreichenden Personalstamms entstandenen Konsequenzen dieser Sparpolitik wie

- fehlende Einnahmefestsetzungen in Millionenhöhe
- Fachwissenverluste durch Ausscheiden von Personal und keiner frühzeitigen Nachbesetzung
- verschlechterter Bürgerservice und Zunahme von Bürgerbeschwerden
- Überlastung der Beschäftigten,

Die neue Philosophie, die seit 2009 durch CDU und SPD im Rat mehrheitsfähig ist, drückt sich auch in der Einschätzung des Personalrates zum Thema Ausbildung in der Stadtverwaltung aus:

„Die Stadt Dortmund war bislang sehr stolz darauf, dass die Stadtverwaltung Ausbildungsstellen für den sogenannten Bevölkerungsdurchschnitt dieser Stadt anbieten konnte. Mittlerweile wird davon vollkommen abgewichen. Es wird nur noch nach der Bestenauslese entschieden, mit der Folge, dass keinerlei Spielraum mehr bleibt für Entscheidungen, die soziale Kriterien berücksichtigen.“ (Pitt Meyer, Personalratsvorsitzender der Stadt Dortmund).

Insgesamt ein vernichtendes Urteil für das Personalkürzungskonzept NEO durch den Personalrat. Diesem offenen Brief fügte der Personalrat einen 30-seitigen Baustellenbericht bei, der die Dramatik der Personalsituation an einer Vielzahl von Einzelbeispielen anschaulich macht. Hintergrund des Baustellenberichtes war eine Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Personalausschuss im Februar 2012, die wissen wollte, warum sich der Personalrat gegen ein personalpolitisches Leitbild ausspricht und die weitere Zusammenarbeit mit der Stadtspitze verweigert. Der Personalratsvorsitzende Pitt Meyer antwortete im Ausschuss, dass die Entwicklung eines Leitbildes nur dann Sinn mache, wenn er die Beschäftigten mitnähme. Der Baustellenbericht zeigt nun, dass davon keine Rede sein kann und dass ein verminderter Bürgerservice, versäumte Einnahmen für den Haushalt und hohe Krankenstände nicht mehr die Ausnahme, sondern die Regel in der Verwaltung der Stadt Dortmund sind.

(uk)

Personalabbau und Privatisierungen sind ein Irrweg

Eine Stadt mit mehr als 580.000 Einwohnern braucht eine funktionierende Verwaltung.

Die Ratsfraktion von *DIE LINKE* hat daher dem Personalrat einen solidarischen offenen Antwortbrief geschrieben, den der Personalrat an die Beschäftigten der Stadtverwaltung weitergeleitet hat.

„Lieber Pit Meyer, liebe Mitglieder des Personalrates der Stadt Dortmund,

[...] Wir stehen sehr klar und eindeutig an Eurer Seite. Wir hatten 2009 gegen den Beschluss gestimmt jährlich 2% des Personalbudgets einzusparen. Wir haben zu den Haushaltsberatungen 2011 den Antrag in die Haushaltsberatungen eingebracht, den Kürzungsbeschluss zum Personalbudget wieder aufzuheben, nachdem das Personalamt mehrfach deutlich gemacht hatte, dass eine vollständige Umsetzung des Beschlusses im Sinne der Antragssteller aus sachlichen Gründen gar nicht möglich ist. Dieser Antrag wurde von allen anderen Fraktionen abgelehnt. Wir hoffen, dass Euer Brief die vier anderen Fraktionen im Rat der Stadt Dortmund dazu veranlasst ihre Haltung zu überdenken.“ (Utz Kowalewski, ehemaliger Fraktionsvorsitzender *DIE LINKE* im Dortmunder Stadtrat)



Utz Kowalewski, ehemaliger Fraktionsvorsitzender *DIE LINKE* im Dortmunder Stadtrat

Zwischen CDU und SPD brodelt immer stärker ein Konflikt: Während Oberbürgermeister Sierau den Beschluss auf das steuerbare Personalbudget beschränkt sehen möchte, legte die CDU Wert darauf, dass der Beschluss wörtlich umzusetzen sei und daher auch nichtsteuerbare Personalbudgets in den Kürzungsrahmen einbezogen werden sollen.

„Das Personalamt wies daraufhin, dass dies nicht möglich sei, weil die Möglichkeiten zu Stellenreduzierungen bereits im Rahmen der Fluktuation maximal ausgenutzt würden und daher die Interpretation der CDU ohne betriebsbedingte Kündigungen nicht zu realisieren sei. Dem stünde aber die Vereinbarung mit dem Personalrat entgegen auf betriebsbedingte Kündigungen zu verzichten.“ (Utz Kowalewski, ehemaliger Fraktionsvorsitzender *DIE LINKE* im Dortmunder Stadtrat)

Dabei gibt es wesentlich sinnvollere Wege den Haushalt zu konsolidieren.

„Eine Anpassung der Gewerbesteuer auf das Niveau der anderen Ruhrgebietsstädte hätte einen weitaus größeren Effekt als es Personaleinsparungen in einem sozialverträglichen Umfang je haben können. Beispielsweise hätte eine Gewerbesteueranpassung auf das bereits 2009 von der Kämmerei vorgeschlagene Niveau von 485 v.H. im Jahr 2012 Mehreinnahmen von 10,8 Mio. Euro generiert. Die Aufhebung des ohnehin nicht vollständig umsetzbaren Personalkürzungsbeschlusses hätte nach Berechnungen des Kämmers im Jahr 2012 lediglich 6 Mio. Euro an theoretischen Mehraufwendungen erzeugt. Auf Steuereinnahmen freiwillig zu verzichten und gleichzeitig beim Personal die Daumenschrauben anzuziehen ist grotesk.“ (Utz Kowalewski, ehemaliger Fraktionsvorsitzender *DIE LINKE* im Dortmunder Stadtrat)

Der Baustellenbericht des Personalrates macht sehr deutlich, wie kontraproduktiv es ist, die Verwaltung so sehr zu schwächen, dass sie nicht mehr in der Lage ist, viele wichtige Aufgaben wahr zu nehmen. Damit verbunden sind dann horrenden Mehrausgaben durch Fremdvergaben oder eine fehlende Umsetzung wie die 16 Mio. Euro im Bereich der Strassenbaulasten, Mindereinnahmen durch nicht erfolgte Beantragungen von Fördermitteln oder Zuschüssen und langfristige Folgekosten durch Unterlassungen, wie beispielsweise der Anstieg bei den Heimunterbringungen infolge des Personalmangels bei der Jugendhilfe nahelegt.

DIE LINKE hält daher das Kürzungsprogramm „Neuorientierung der Verwaltung“ insgesamt für einen Irrweg:

„Es ist der zweite Versuch nach Ex-Oberbürgermeister Langemeyers „Verwaltungsreform 2020“ einseitig zu Lasten der Beschäftigten Kürzungen vorzunehmen. Seinerzeit hatten Ihr sehr deutlich gegen diese Pläne Stellung bezogen. *DIE LINKE* hatte Ende 2008

Hier wird Geld gespart...

In den Bürgerdiensten werden durch das Hörder Modell der mittlere und der gehobene Dienst wieder getrennt. Die Planstellen werden abgewertet. Die MitarbeiterInnen stehen vor der Wahl Einkommensverluste hinzunehmen, oder sich versetzen zu lassen. Der Personalrat befürchtet daher einen SuperGAU bei der Wohngeldsachbearbeitung. Eine für Wohngeldempfänger notwendige zeitnahe Bearbeitung wird dann nicht mehr möglich sein.

sogar eine Sondersitzung des Rates beantragt, um diese zum Scheitern verurteilten Personalkürzungspläne anzugreifen. Der Gipfel der Entwicklung war die Großkundgebung der Beschäftigten der Stadt Dortmund gegen ihren Dienstherrn, zu dem die Gewerkschaft ver.di mit Eurer Unterstützung aufgerufen hatte. Wir sind uns sicher, dass diese Demonstration ein wesentlicher Baustein war Herrn Langemeyer als Oberbürgermeister abzulösen. Daher dürfte auch Eure aktuelle Initiative in der Politik und in der Verwaltungsspitze überaus ernst genommen werden.“ (Utz Kowalewski, ehemaliger Fraktionsvorsitzender *DIE LINKE* im Dortmunder Stadtrat) (uk)

...und hier wird Geld ausgegeben.

Die Sanierung des Dortmunder U-Turms kostete bisher 84 Mio Euro - 30 Mio mehr als veranschlagt. Die Betriebskosten verdreifachten sich auf geschätzte 10 Mio Euro pro Jahr.

Die Stadt baute im Jahr 2000 den Flughafen Dortmund für Bedürfnisse privater Fluggesellschaften aus. Das Defizit stieg von anfänglich 9 Mio auf zuletzt fast 20 Mio Euro pro Jahr. Air Berlin, easyJet und Germanwings haben fast alle Flugrouten inzwischen aufgegeben.

„Wir wollen den Kürzungsbeschluss aufheben.“

Interview mit Dr. Petra Taurat, ehemaliges Mitglied der Fraktion *DIE LINKE* im Stadtrat



Dr. Petra Taurat

KNALLROT: Sie vertreten *DIE LINKE* im Personalausschuss der Stadt Dortmund. Welches waren die wichtigsten Themen?

PT: Die Zweitverwertung von Langemeyers Verwaltungsreform 2020 in Form des aktuellen Konzeptes NEO ist ein zentrales Thema. Brisant sind auch Bestrebungen Personal aus dem Tiefbauamt in einen Eigenbetrieb Stadtentwässerung und von der städtischen Grünpflege zur EDG auszugliedern.

KNALLROT: Was will *DIE LINKE* bei diesen Themen bewirken?

PT: Wir wollen den Personalkürzungsbeschluss aufheben und eine Ausbildungsquote von 10% entsprechend der ver.di-Forderungen erreichen. Die Ausgliederung des Kanalnetzes lehnen wir als überflüssig ab. Die Gutachter kommen zu dem Schluss, dass der aktuelle Zustand des Kanalnetzes bundesweit beispielgebend ist. Die Mitarbeiter bei der Grünpflege werden nur von einem Amt ins nächste geschoben. Das ist reiner Aktionismus und den lehnen wir ab. (uk)

Envio-PCB belastet die Nordstadt

Zur Situation in der Nordstadt und der betroffenen MitarbeiterInnen von ENVIO sprach die **Knallrot** mit Katrin Riekermann, einer der SprecherInnen der Bürgerinitiative (BI) (www.pcb-skandal.de):

KNALLROT: Frau Riekermann, worin sieht die BI ihre Hauptaufgabe?

KR: Die BI sieht neben der Unterstützung der direkt betroffenen MitarbeiterInnen ihre Aufgabe darin, dass dieses Thema weiterhin in der Öffentlichkeit bleibt. Einige Behörden und politische Parteien würden dieses Thema lieber heute als morgen begraben. Wir treffen uns jeden 3. Mittwoch im Monat um 18:00 Uhr im Keuninghaus.

KNALLROT: Welche Hilfe gibt es denn für die Betroffenen?

KR: Bisher gibt es nur die Untersuchung durch die TU Aachen, bei denen noch nie in Deutschland gemessene Werte festgestellt wurden. Es können sich AnwohnerInnen der Nordstadt untersuchen lassen, was wir von der BI unterstützen und auch bei der Kontaktaufnahme behilflich sind.

KNALLROT: Gibt es eine Therapie?

KR: Leider nein.

KNALLROT: Was erwartet die BI von den Behörden?

KR: Hier muss es eine grundlegende, fortlaufend kontrollierte Sanierung geben - keine Billiglösung.

KNALLROT: Wir wünschen Euch weiterhin viel Kraft und Mut für Eure Arbeit. (ul)

PCB - der Stoff aus dem Alpträume sind

Chronologie eines Umwelt- und Politikskandals aus Sicht der Linken.

2006 wurden erstmals PCBs im Grünkohl der Kleingärten in der Nordstadt gefunden. Ursache zunächst unbekannt. Die Behörden verdächtigten offiziell die Schrottverwerter im Hafen. Im November 2009 konnte **DIE LINKE** im Umweltausschuss erstmals einen Zusammenhang zwischen Envio und den erhöhten PCB-Werten herstellen. Danach ging alles ganz schnell: Blutproben, Bodenproben und 360 vergiftete Arbeiter, Angehörige und Anwohner. Der bundesweit größte PCB-Skandal war aufgedeckt. Bereits in der ersten Jahreshälfte 2010 wurde Envio stillgelegt.

Wie sehr der PCB-Skandal ein Kleinkrieg einzelner Politiker und Journalisten, die hier richtige Detektivarbeit leisteten, mit den Behörden und dem Rest der Politik war, ist aber nur wenig bekannt:

Umweltpreis für Envio

Einen Monat nach Bekanntwerden eines Zusammenhangs zwischen Envio und der PCB-Belastung am Hafen erteilte die Dortmunder Wirtschaftsförderung und der CDU-Landesumweltminister Envio den Ökoprofil-Umweltpreis. Proteste der Linksfraktion



Geschönte Bilder bei Envio: Atemmasken wurden nicht regelmäßig ausgetauscht

im Stadtrat führten zu einer Rücknahme der Preisvergabe.

Blutproben erst nach massivem Druck

DIE LINKE hat Anfang 2010 Blutuntersuchungen bei Envio-Arbeitern angeregt. Das Gesundheitsamt wiegelte ab: Das sei Panikmache. Kurz darauf ließen sich zwei Arbeiter privat untersuchen. Ergebnis: gewaltige PCB-Wer-

te. Das Gesundheitsamt musste nun im großen Stil untersuchen. Panne bei den Untersuchungen: Rund die Hälfte der Blutproben waren falsch etikettiert und damit wertlos. **DIE LINKE** bestand erfolgreich auf einer Wiederholung der Untersuchung.

Verschwundene PCB-Kondensatoren

Auf Druck der Linksfraktion musste die Bezirksregierung 2010 eingestehen, dass PCB-Kondensatoren aus alten sowjetischen Raketenbasen in größerer Anzahl zwar in Kasachstan abgeschickt wurden, aber nicht vollständig in Dortmund angekommen sind. Verbleib bis heute unbekannt. Genehmigungsbehörde: Bezirksregierung Arnsberg. Polen als Transitland hatte gegen die Transporte protestiert. Der kasachische Umweltminister sitzt wegen der Geschäfte mit Envio im Zuchthaus.

Keine Strafverfolgung

Der umweltpolitische Sprecher der Linken Ratsfraktion erstattet Anzeige gegen die Bezirksregierung wegen des Verdachtes auf Beihilfe zu einer Umweltstraftat und zur Körperverletzung. Die Ermittlungen werden ein-

Beamten vor Strafverfolgung schützen. Eine Verfolgung nach dem Dienstrecht sei möglich, aber nicht Sache der Staatsanwaltschaft. Eine dienstrechtliche Innenrevision des Regierungspräsidenten (SPD) hatte für die Beamten im Fall Envio keine nennenswerten Folgen.

Stadtverwaltung blockiert

DIE LINKE erwirkte 2011 gegen den Widerstand der Bezirksregierung einen Beschluss des Umweltausschusses, dass die Stadtverwaltung die Berufsgenossenschaft zu Untersuchungen von LKW-Fahrern im Anlieferverkehr von Envio veranlassen soll. Die Verwaltung weigert sich bis heute den Beschluss umzusetzen. Ehemalige Envio-Arbeiter berichten, dass diese LKW-Fahrer beim Entladen der PCB-Materialien beteiligt waren und teilweise sogar in verseuchten Hallenteilen übernachtet haben.

Verwaltung täuscht Stadtrat

Als Konsequenz aus dem Skandal forderte **DIE LINKE** 2012 mehr Personal im Umweltamt. Die Wirtschaftsförderung wiegelt ab, verheddert sich im Datensumpf. Ergebnis: Es kommt heraus, dass die Verwaltung bei der Vergabe des Erbbaurechtes an Envio 2008 den Stadtrat nicht korrekt über bereits bekannte Altlasten informiert hat.

DIE LINKE will aufklären

DIE LINKE deckt 2012 eine Beteiligung des Konzerns ABB am PCB-Skandal auf und erwirkte gegen den Widerstand der Ratsfraktionen von CDU, SPD und FDP/Bürgerliste die Einleitung eines ordnungsrechtlichen Verfahrens durch die Untere Bodenschutzbehörde wegen Verstößen gegen das Landesbodenschutzgesetz. Geldstrafe wahrscheinlich.

DIE LINKE unterstützt Opferfond

2010 beantragte **DIE LINKE** im Rat eine Prüfung durch das Rechtsamt mit dem Ziel das Firmenvermögen von Envio für einen Opferentschädigungsfonds sicherzustellen. Alle anderen Ratsfraktionen lehnten das ab. 2012 beteiligt sich **DIE LINKE** an der Auflage eines privaten Opferfonds, um im Prozess gegen Enviochef Neupert ein Gegengutachten zu erstellen. (uk)

Der Mauerbau in Brackel

Interview mit Wilhelm Auffahrt, Sprecher der Bezirksgruppe **DIE LINKE**. Dortmund-Ost

KNALLROT: Die Tedi-Mauer ist jetzt fertig gebaut. Rein optisch ist das ja nun ein Schandfleck in Dortmund. Musste das wirklich sein?

WA: Es sind ja sogar zwei Mauern, einmal die Mauer des blauen Riesen auf der Südseite des Hellwegs. Diese war notwendig um das Tedi-Europalager überhaupt dort anzusiedeln



Willi Auffahrt mit Mauer im Hintergrund

zu dürfen. Das war Forderung der Stadt und der Gutachter. Beide Wände sind baurechtlich vorgeschrieben, denn spätestens bei Nachtbetrieb in Vollausslastung von Tedi wäre das Wohnen hier sonst unerträglich. Die Bürgerinitiative „Für ein lebens-

wertes Brackel“ oder **DIE LINKE** sind also nicht die Verursacher der Wände, wie es durch interessierte Kreise versucht wird zu suggerieren. Die Kritiker haben nur versucht durchzusetzen, dass die Gestaltung der Wand nicht ganz so fürchterlich wird und Wände begrünt sowie Bäume gepflanzt werden.

KNALLROT: Wer sind denn die interessierten Kreise?

WA: Naja, wir leben in Wahlkampfzeiten – die Konfliktlinien sind ja bekannt. Da versucht man halt eigene Fehler anderen in die Schuhe zu schieben. **DIE LINKE** wollte Tedi auf der Brache von Thyssen-Krupp ansiedeln, dann wäre das ganze Problem überhaupt nicht entstanden.

KNALLROT: Und die zweite Wand?

WA: Die zweite Wand auf der Nordseite des Hellwegs wurde von der Stadt gebaut. Wenn man alle Kosten für die Stadt zusammen zählt, für knapp 2 Mio. Euro. Leider wurde hier das Verursacherprinzip nicht eingehalten. Diese Mauer musste

gebaut werden, um Tedi und Rewe den Ausbau ihrer Anlagen zu ermöglichen. Tedi wurde von der Gewerkschaft verdi verklagt, weil sie sittenwidrige Löhne zahlen. Warum die Stadt Dortmund trotz ihrer Finanzprobleme eine Firma subventioniert, die solche Löhne zahlt, erschließt sich uns nicht.

KNALLROT: Apropos Rewe: Der Gewerkschaftsflügel der Linken und die Ratsfraktion sind wegen der Arbeitsplätze ja eher skeptisch, wenn es darum geht Rewe auf die Füße zu treten.

WA: Bei Rewe ist natürlich die Akzeptanz viel größer als bei Tedi. Während Tedi überwiegend Zeitverträge und Niedriglohnjobs anbietet, hat Rewe einen Betriebsrat und zahlt anständige Löhne. Es geht daher bei Rewe nur darum auf die Anwohner- und Umweltverträglichkeit zu achten. Das nutzt langfristig nicht nur den Anwohnern, sondern auch Rewe. Beide Firmen müssen sich aber auch an die Bauauflagen halten, das muss schließlich jeder private Häuslebauer auch. (uk)

Nazis mobilisieren wieder zum Antikriegstag

Zum achten Mal mobilisieren Neofaschisten zum 1. September, dem Antikriegstag, nach Dortmund.

In den vergangenen Jahren stellte sich ihnen breiter Protest entgegen. Auch in diesem Jahr formiert sich der Protest gegen die Neofaschisten. Neben Stadtteilstellen



Nazi-Anschlag in Dortmund

oder Aktionswochen wie zum Beispiel des DGB in der letzten Augustwoche an den Katharinentreppen, werden auch wieder Demonstrationen geplant.

Sekundarschule Westerfilde - Keine Zukunft für Kinder

Mangelhafte Räumlichkeiten und überfüllte Klassen in Dortmunds erster Sekundarschule.

Wer hat nicht noch die vollmundige Ankündigung der Ministerpräsidentin Kraft im Ohr: kein Kind wird zurückgelassen. Wer sich die Räumlichkeiten der Sekundarschule Westerfilde anschaut, wird sehr schnell begreifen, das die Kinder in dieser Schule keine Zukunft finden. Fachräume und Sportgelegenheiten werden selbst von der Stadt Dortmund mit mangelhaft bewertet. Für die Ganztagschule gibt es keine Räumlichkeiten – von einer Schulmensa ganz zu schweigen. Und hatten die Eltern nicht auf Klassen bis zu einer Größe von 25 Kindern gehofft? Nun werden sie zum Entsetzen der meisten Eltern 28 und mehr Schüler haben.

Vorbildfunktion nur bei Schulden

Dabei wäre gerade in Westerfilde eine Schule notwendig, die mit ihrem guten Ruf auch für Eltern aus anderen Stadtbezirken interessant ist. Hat die Stadt Dortmund doch in ihrer Quar-

tiersanalyse dokumentiert, das für Schulabgänger die Meldeadresse Westerfilde ein Hindernis bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz ist. Die Frage nach dem dafür notwendigen Geld ist überflüssig. Man schaue sich



Forderung aus dem Landtagswahlkampf

nur an, mit welcher Inkompetenz die SPD dabei ist, mit dem Oberbürgermeisterdenkmal U-Turm unsere Gelder in Millionenhöhe zu verbrennen.

Behinderte werden ausgeschlossen

Außerdem ist zu bedenken, dass die Stadt Dortmund geltendes Recht verletzt. Die Inklusion ist seit der Ratifizierung der Behindertenrechtskonvention im Jahre 2008 geltendes Recht. In der ersten Sekundarschule in Dortmund sind behinderte Schülerinnen und Schüler ausgeschlossen. Wie lautet der Satz der SPD aus dem Landtagswahlkampf 2012 noch mal: «Wir lassen kein Kind zurück?» Aber in alter Tradition verfährt die SPD nach Wahlen im gleichen Schema: links antäuschen und rechts vorbeiziehen!

Nur für **DIE LINKE** gilt: Sozial auch nach der Wahl!

Die Nordstadt, 2011 Schauplatz angekündigter „Polizeifestspiele“, könnte erneut Mobilisierungsziel der Neofaschisten sein. Dort haben 2006 die NSU-Terroristen Mehmet Kubasik ermordet; am Tatort durften die Nazis 2011 noch vorbeimarschieren. Auch deshalb sammelt das „Bündnis Dortmund gegen Rechts“ (<https://dortmundgegenrechts.wordpress.com/>) Unterschriften mit der Forderung, den Aufmarsch von vornherein zu verbieten. Bisher sind Gerichte Verbotsanträgen gegen Nazi-Aufmärsche nicht gefolgt. Es bleibt abzuwarten, wie sie nach der NSU-Mordserie weiter agieren. (ibl)

(ul)

(ibl)

Arbeitsrechtliche Beratung durch DIE LINKE

Seit nunmehr zwanzig Jahren besteht in Deutschland Massenarbeitslosigkeit. Wer noch Arbeit hat, arbeitet vielfach in prekärer Beschäftigung zu Dumping-Löhnen - ungeachtet seiner Qualifikation. Das Arbeitsrecht gibt ArbeitnehmerInnen und BetriebsrätInnen wichtige Rechte, die oft vielen Betroffenen unbekannt sind.

Wußten Sie schon, dass...

... auch 400-Euro-Kräfte Anspruch auf bezahlten Urlaub, Lohnfortzahlung



Arbeitsgesetz? Es gibt sie noch!

bei Krankheit, etc. haben, die auch nicht per Arbeitsvertrag ausgeschlossen werden können?

... auch in Betrieben bis 10 ArbeitnehmerInnen nicht willkürlich gekündigt werden kann?

... fast keine Kündigung vor Arbeitsgerichten zulässig ist und für Betroffene immer eine Abfindung erzielt werden kann?

... viele Befristungen von Arbeitsverträgen unwirksam sind?

Die kostenlose, arbeitsrechtliche Beratung durch einen Fachanwalt für Arbeitsrecht findet jeden Donnerstag zwischen 18:00 und 20:00 Uhr in unserem Parteibüro in der Schwanenstraße 30, D-44135 Dortmund (Tel. 0231-2221116) für alle ArbeitnehmerInnen, GewerkschafterInnen, aber auch Kleinselbständige statt. Mehr Informationen unter

www.dielinke-dortmund.de (dr)

Rettet unsere Stadt vor den Krisenmachern

Die globale Finanzkrise sorgt für Armut und Lohndumping in Dortmund.

Bis jetzt lautet die Medienlegende, wir seien wir von der Wirtschaftskrise kaum betroffen, die „Konjunkturlokomotive Deutschland“ ziehe im Gegenteil Europa aus der Krise. Das stellt die Verhältnisse auf den Kopf - in Wahrheit konkurriert die deutsche Wirtschaft mit Dumpinglöhnen die europäischen Nachbarn kaputt - aber jetzt ist Schluß damit: Die Exporte brechen weg und die Binnenkonjunktur wurde durch Niedriglöhne beschädigt.

Die Krise hat schon heute das Bild unserer Stadt deutlich verändert. Die geplatzten Spekulationsblasen sorgten für eine Umverteilung der Einkommen von unten nach oben, dramatisch verschärft mit der Agenda 2010 des SPD-Kanzlers Schröder und seines grünen Koalitionspartners. In Dortmund hat seither die Zerlegung von Normalarbeitsplätzen in Teilzeit- und Minijobs drastisch zugenommen, ebenso die Leiharbeit. Während die Zahl der „Aufstocker“ explodiert, die von ihrer Arbeit nicht mehr leben können und ergänzendes ALG 2 beziehen, sind die Renten hier im Durchschnitt gesunken. Die Zahl der Grundsicherungsbeziehenden stieg in der Stadt in nur vier Jahren um 20 %, der wachsende Niedriglohnsektor wird künftige Renten weiter unter die Armutsschwelle drücken.

Dasselbe Bild bei der Kinderarmut. Jedes dritte Dortmunder Kind wächst an oder unter der Armutsschwelle auf, über 21.000 in Hartz-IV-Haushalten. Die Jugendarbeitslosigkeit hat seit 2008 um 10 % zugenommen. Zugleich wurden die Reallöhne gedrückt, zur Steigerung der „Wettbewerbsfähig-

auch der Dortmunder Wirtschaft: Weil die Einkommen pro Kopf seit 2008 sanken, schrumpfte die Kaufkraft im Dortmunder Einzelhandel (von 5.600 Euro pro Einwohner in 2001 auf 4.990 Euro 2009). Es sinken die Umsätze im Verarbeitenden Gewerbe (2008: 6,6

ersten Jahr des Bankencrashes - mit der Lehman-Pleite, bei der auch die städtische EDG 20 Millionen verzockte - jedes Jahr um bis zu 100 Mio Euro hinter den Ausgaben zurück. Die Lücke summierte sich über diese vier Jahre auf 425 Mio Euro. Sie mußte mit



Auch Dortmund wird „occupied“

Mrd. Euro - 2010: 4,8 Mrd. Euro), die Bruttowertschöpfung in den Dortmunder Betrieben ging von 56.000 Euro je Erwerbstätigen (2007) auf 54.000 Euro zurück. Im Gegenzug nehmen die Firmenpleiten kontinuierlich zu: 350 in 2007 - 398 in 2008 - 403 in 2009 - 445 in 2010 - 482 in 2011.

Unsere Stadtspitze dreht in großer Koalition aus SPD, CDU, FDP/BL und Grünen eifrig mit an der Krisenspirale. Die Einnahmen der Stadt aus

neuen Krediten geschlossen werden. Nutznießer sind dieselben Banken, die uns die Krise eingebrockt haben.

Um seinen Anteil an der Krisenzockerei zu vertuschen, griff der ehemalige Dortmunder Oberbürgermeister unmittelbar vor der Kommunalwahl 2009 zu einer dreisten Haushaltslüge.

Somit ist die vom Gericht angeordnete Wiederholung der Ratswahl auch ein Ergebnis der Finanzmarktkrise. Nämlich Ergebnis der falschen Politik, mit der die öffentlichen Verwaltungen die Spekulationsblasen an den Kapitalmärkten beantworten.

Nur DIE LINKE wehrt sich im Rat gegen diese Krisenpolitik. Immer wieder stellen wir Anträge, statt Kürzungen und Privatisierungen wollen wir die Einnahmehasis der Stadt stärken. Die große Koalition lehnt die Anträge meistens ab. Stattdessen wird weiter gekürzt und privatisiert. Wir appellieren an die Dortmunderinnen und Dortmunder: Wehrt euch gemeinsam mit uns dagegen. In den Parlamenten und auf der Straße!



Im IKEA-Europalager sind 30% der 2.000 Beschäftigten Leiharbeiter.

keit“. Damit entstand nicht nur den Beschäftigten Schaden, sondern letztlich

Steuern, Abgaben und staatlichen Zuschüssen bleiben seit 2008, dem